

## Fall 14: Der unwesentliche Motor

### Sachverhalt

Der dem Berger (B) gehörende Pkw hat in der Werkstatt des Unger (U) einen Austauschmotor und ein neues angeschweißtes Bodenblech erhalten. Für den zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag ist die Geltung der „Werkstattbedingungen“ des U vereinbart worden. Darin heißt es:

*„Alle Teile bleiben bis zur vollständigen Zahlung unser Eigentum.“*

Da der von B anlässlich der Abholung des Pkw zur Bezahlung übergebene Verrechnungsscheck von dessen Bank nicht eingelöst wird, fragt U nach seinen Rechten.

### Ein Wort vorab:

*Ein kurzer, scheinbar einfacher Fall, der aber eine ganze Reihe von Problemen enthält und zu einem etwas überraschenden Ergebnis führen wird, weil die juristische Bewertung in Teilen nicht unbedingt mit dem „gesunden Menschenverstand“ in Einklang zu bringen ist.*

### Vorüberlegung zur Lösung

*Da in dieser Aufgabe nicht nach einem ganz bestimmten Anspruch, sondern allgemein nach den Rechten des U gefragt ist, muss zunächst überlegt werden, welche Rechte dies sein könnten. Dabei ist es sinnvoll, sich in die Position des U zu versetzen und zu überlegen, was U bei **wirtschaftlich vernünftiger Betrachtung** von B begehren könnte.*

- *Da keine Besonderheiten ersichtlich sind, ist davon auszugehen, dass U in erster Linie die **Bezahlung** seiner Arbeiten erhalten möchte. Denn damit hätte er das, was vertraglich vereinbart war.*
- *Wenn er diesen Anspruch nicht durchsetzen kann, wird U interessieren, ob ihm ein **Unternehmerpfandrecht** zusteht, um den Werklohn aus der Verwertung des Pkw zu erhalten.*
- *Schließlich könnte U ein Interesse daran haben, die eingebauten Teile wieder **herauszuverlangen**. Da der Ausbau mit weiterer Arbeit und mit weiteren Kosten verbunden ist, wird U dieses Ziel aber nur nachrangig verfolgen.*

### Lösung

#### 1. Anspruch auf Zahlung der Vergütung

U könnte gegen B einen Anspruch auf Zahlung der Vergütung aus §§ 631, 632 BGB haben.

**1.1** Der Anspruch muss **entstanden** sein. U und B müssten einen Werkvertrag geschlossen haben. Nach dem Sachverhalt liegt ein Vertrag unter wirksamer Einbeziehung der „Werkstattbedingungen“ des U vor. Da dieser Vertrag auf die Herbeiführung eines **Erfolgs** in Form der Autoreparatur gerichtet ist, handelt es sich um einen **Werkvertrag** (§ 631 BGB). Mit dem Abschluss des Vertrags ist der Anspruch auf die Zahlung der Vergütung **entstanden**. Wenn die Parteien keine Vereinbarung zum „Ob“ und zur Höhe des Anspruchs getroffen haben, findet § 632 Abs. 1 BGB zum „Ob“ und Abs. 2 BGB zur Höhe Anwendung.

---

### Klausurtyp

Da keine Einzelheiten zum Vertragsschluss mitgeteilt werden, ist insoweit auch keine Prüfung vorzunehmen (und auch gar nicht möglich). Also bitte kein Wort zu Angebot und Annahme, keine Definitionen und keine Subsumtionen! Sie könnten ohnehin nur spekulieren, wie es wohl gewesen sein könnte. Das macht aber keinen Sinn!

---

**1.2** Der Anspruch darf nicht **erloschen** sein. Nach **§ 362 Abs. 1 BGB** erlischt ein Schuldverhältnis – hier das Schuldverhältnis auf Zahlung der Vergütung –, wenn die geschuldete Leistung an den Gläubiger bewirkt wird. Bei einer Geldschuld ist, wenn keine andere Vereinbarung getroffen worden ist und sich aus den Umständen nichts anderes ergibt, eine Barzahlung zu leisten. Eine solche ist hier nicht erfolgt.

Nach **§ 364 Abs. 1 BGB** erlischt ein Schuldverhältnis aber auch, wenn der Gläubiger eine andere als die geschuldete Leistung an „**Erfüllungs statt**“ annimmt. Hier hat der B dem U zum Zwecke der Bezahlung einen **Verrechnungsscheck** übergeben. Die bloße **Annahme** eines solchen Schecks führt aber nicht dazu, dass die der Scheckhingabe zugrunde liegende Forderung (hier aus § 631 Abs. 1 BGB) erlischt.

Durch die Annahme eines Schecks wird vielmehr zwischen dem Schuldner als Scheckgeber und dem Gläubiger als Schecknehmer eine **neue Verbindlichkeit aus dem Scheck** begründet. Der Aussteller (Scheckgeber) haftet nach Art. 12 ScheckG (Scheckgesetz) für die Zahlung des Schecks.

Aus § 364 Abs. 2 BGB folgt, dass der Scheck „im Zweifel“ nicht an Erfüllung statt, sondern lediglich **erfüllungshalber** angenommen wird. Die der Scheckhingabe zugrunde liegende Werklohnforderung des U geht deshalb solange nicht unter, bis der U den Betrag durch Einlösung des Schecks erhalten hat<sup>1</sup>. Damit ist der Anspruch des U auf Zahlung der Vergütung aus § 631 BGB durch die Annahme des Schecks nicht erloschen. Da der Scheck nicht eingelöst wurde, ist der Vergütungsanspruch auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt durch die Einlösung untergegangen.

**1.3** Der Anspruch auf die Zahlung der Werklohnvergütung müsste **durchsetzbar**, insbesondere fällig sein. Nach **§ 641 Abs. 1 S. 1 BGB** ist die Vergütung bei der **Abnahme** des Werkes zu entrichten. Eine Abnahme im Sinne des **§ 640 Abs. 1 S. 1 BGB** liegt vor, wenn der Besteller das Werk als **im Wesentlichen vertragsgerecht**

---

<sup>1</sup> Hinweis: Die Ausführungen gelten in gleicher Weise für die Annahme von Wechseln.

**anerkennt.** Dies kann auch durch schlüssiges Handeln geschehen, zum Beispiel durch Ingebrauchnahme, muss aber gegenüber dem Unternehmer zum Ausdruck kommen. Hier ist B mit dem reparierten Pkw weggefahren und nicht zurückgekommen, um eventuelle Mängel der Reparatur zu reklamieren. Dadurch hat er stillschweigend die Abnahme erklärt.

Der Vergütungsanspruch ist also **entstanden, nicht erloschen** und **durchsetzbar**, sodass U von B gemäß §§ 631, 632 BGB die Zahlung des Werklohns verlangen kann. Wenn B nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, die Zahlung zu leisten, stellt sich die Frage nach dem Bestehen eines Unternehmerpfandrechts, um den Werklohn durch eine Verwertung des Fahrzeugs zu erlangen.

## 2. Anspruch auf Verwertung aus einem Unternehmerpfandrecht

U könnte ein **Unternehmerpfandrecht** an dem Fahrzeug des B zustehen. Nach **§ 647 BGB** entsteht ein solches gesetzliches Pfandrecht für die dem Unternehmer zustehenden Forderungen an diejenigen Sachen des Bestellers, die zur Herstellung oder Ausbesserung in den unmittelbaren Besitz des Unternehmers gelangt sind. Hier hatte U zu Reparaturzwecken den **unmittelbaren Besitz** an dem Pkw des B erlangt, sodass das gesetzliche Pfandrecht für die Werklohnforderung entstanden war.

Das Pfandrecht könnte aber durch die Rückgabe des Fahrzeugs an B **erloschen** sein. Für das gesetzliche Pfandrecht gelten nach **§ 1257 BGB** die Regelungen für das rechtsgeschäftliche Pfandrecht entsprechend. Gemäß **§ 1253 Abs. 1 S. 1 BGB** erlischt ein Pfandrecht, wenn der Pfandgläubiger das Pfand an den Verpfänder oder den Eigentümer zurückgibt. Mit der Rückgabe des Fahrzeugs von U an den Eigentümer B ist das Pfandrecht des U am Pkw erloschen, sodass U kein Unternehmerpfandrecht aus § 647 BGB mehr zusteht. U hat deshalb keine Möglichkeit, aus einer Verwertung des Fahrzeugs den Werklohn zu erhalten.

## 3. Herausgabeanspruch des U gegen B aus §§ 985, 986 BGB

Deshalb ist zu klären, ob U aufgrund des nach dem Sachverhalt wirksam vereinbarten **Eigentumsvorbehalts** jedenfalls berechtigt ist, die eingebauten Gegenstände, insbesondere den Austauschmotor, von B herauszuverlangen.

Dieser Anspruch könnte sich für den Austauschmotor aus §§ 985, 986 BGB ergeben. Dann müsste

- U (noch) **Eigentümer** des Austauschmotors sein,
- B müsste dessen (unmittelbarer) **Besitzer** sein und
- B dürfte im Verhältnis zu U **kein Recht zum Besitz** haben.

**3.1** U war vor dem Einbau der **Eigentümer** des Motors. Er könnte sein Eigentum aber infolge eines **gesetzlichen** Eigentumserwerbs gemäß den §§ 946 ff. BGB an B

verloren haben<sup>2</sup>. In Betracht kommt § 947 Abs. 1 BGB. Diese Vorschrift setzt voraus, dass bewegliche Sachen so miteinander verbunden werden, dass sie **wesentliche Bestandteile** einer einheitlichen Sache werden. Das Fahrzeug des B – ohne Motor – und der Austauschmotor des U sind bewegliche Sachen, die durch den Einbau des Motors miteinander verbunden worden sind. Fraglich ist aber, ob Fahrzeug und Motor durch den Einbau wesentliche Bestandteile einer einheitlichen Sache, nämlich des kompletten Fahrzeugs, geworden sind.

Diese Frage ist für bewegliche Sachen nach **§ 93 BGB** zu beurteilen. Nach dieser Vorschrift sind Bestandteile einer Sache, die nicht voneinander getrennt werden können, ohne dass der eine oder der andere Bestandteil **zerstört** oder in **seinem Wesen verändert** wird, wesentliche Bestandteile der Sache. Entscheidend ist, ob der eine oder der andere Bestandteil nach der Trennung in der bisherigen Art – sei es auch erst nach einer Verbindung mit einer anderen Sache – wirtschaftlich genutzt werden kann.

Es kommt also (nur) darauf an, ob der Ausbau des Austauschmotors aus dem Pkw zu einer Zerstörung oder Wesensänderung des Fahrzeugs oder des Motors führt. Da der Austauschmotor in ein anderes Fahrzeug eingesetzt und das Fahrzeug des B mit einem anderen Austauschmotor bestückt werden kann, können beide Bestandteile nach der Trennung weiter wirtschaftlich genutzt werden. Sie bilden damit **keinen wesentlichen Bestandteil** der einheitlichen Sache **Pkw**. U hat das Eigentum am Austauschmotor also nicht nach § 947 Abs. 1 BGB verloren.

---

### Merke

Das Ergebnis ist sicherlich überraschend, aber juristisch eindeutig. Sie dürfen also bei § 93 BGB nicht aus der Bedeutung einer Sache für eine andere Sache den Schluss auf einen wesentlichen Bestandteil ziehen. Bei § 94 BGB (vgl. den nächsten Fall) gilt ein anderer Maßstab.

---

In Betracht kommt, dass U sein Eigentum nach § 929 S. 1 BGB durch einen **rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerb** an B verloren hat. Dann müsste eine entsprechende Einigung zwischen U und B vorliegen. U hat sich jedoch in den wirksam vereinbarten „Werkstattbedingungen“ das **Eigentum** bis zur vollständigen Zahlung **vorbehalten**. Dies bedeutet, dass die für einen rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerb erforderliche Einigung vom Eintritt einer **Bedingung** abhängig gemacht wird. Nach §§ 929 S. 1, 158 Abs. 1 BGB soll das Eigentum an dem Motor erst dann auf den B übergehen, wenn B den Werklohn vollständig an U gezahlt hat. Da dies bisher nicht geschehen ist, hat U das Eigentum nicht gemäß § 929 S. 1 BGB verloren.

U ist damit also immer noch der Eigentümer des Motors.

---

<sup>2</sup> Ansatz wie das Ende im Märchen „E war Eigentümer, und wenn er das Eigentum nicht verloren hat, dann hat er's auch noch heute“.

**3.2** B ist (unmittelbarer) **Besitzer** des Austauschmotors, da er die tatsächliche Gewalt über den Pkw einschließlich des Motors hat (§ 854 Abs. 1 BGB).

**3.3** B dürfte **im Verhältnis zu U kein Recht zum Besitz** haben. B ist aufgrund des mit U geschlossenen Werkvertrags jedoch der rechtmäßige Besitzer des Motors, ihm steht deshalb gegenüber U ein Besitzrecht zu.

---

### Merke

B hat den Besitz am Motor aufgrund des Werkvertrags und mit dem Willen des U erhalten. Im Zeitpunkt der Abholung des Pkw war B deshalb der rechtmäßige Besitzer des Motors. Allein dadurch, dass der „Scheck geplatzt“ ist, ist keine Änderung eingetreten. B ist also nach wie vor berechtigter Besitzer des Motors. Da sich das Besitzrecht aus dem Werkvertrag ableitet, muss dieser Vertrag „beseitigt werden“. In der Klausur einer aus Russland stammenden Studentin hieß es: „*Man soll den Werkvertrag wegmachen.*“ Die Bemerkung des Prüfers am Rand: „*Jawoll: Weg damit!*“ Wie das geht, ergibt sich aus § 449 Abs. 2 BGB, nämlich durch einen Rücktritt vom Vertrag.

---

U kann das aus § 631 BGB abgeleitete Besitzrecht des B dadurch beseitigen, dass er gemäß § 349 BGB vom Werkvertrag **zurücktritt**.

Dafür müsste U ein Rücktrittsrecht zustehen. Ein solches Recht kann sich aus dem Gesetz oder aus dem Vertrag ergeben. Nach § 323 Abs. 1 BGB besteht ein gesetzliches Rücktrittsrecht, wenn der Schuldner bei einem gegenseitigen Vertrag eine fällige Leistung nicht oder nicht vertragsgerecht erbringt. B ist als Schuldner des Werkvertrags, der ein gegenseitiger Vertrag ist, seiner Pflicht zur Zahlung des fälligen Werklohns bisher nicht nachgekommen. Weiterhin ist vor der Erklärung des Rücktritts erforderlich, dass U dem B eine **angemessene Frist** zur Bezahlung des Werklohns setzt. Dies ist auch deshalb sinnvoll, weil die Bezahlung für U vorteilhafter ist als der Ausbau des Motors, der – wie schon der Einbau – weitere Kosten verursacht. Eine Fristsetzung ist bisher nicht erfolgt.

Sie könnte aber nach § 323 Abs. 2 BGB entbehrlich sein. Die in den Nr. 1 und Nr. 2 geregelten Sachverhalte liegen hier nicht vor. Der Umstand, dass der von B zur Zahlung übergebene Scheck „geplatzt ist“, führt ohne Hinzutreten weiterer Umstände auch nicht dazu, dass die **Fristsetzung** nach § 323 Abs. 2 Nr. 3 BGB **entbehrlich** ist.

Deshalb ist U erst nach erfolglosem Ablauf einer dem B gesetzten Frist zur Zahlung des Werklohns zum Rücktritt vom Werkvertrag berechtigt. Nach Erklärung des Rücktritts (§ 349 BGB) entfällt das Besitzrecht des B, da die empfangenen Leistungen nach § 346 Abs. 1 BGB zurückzugewähren (herauszugeben) sind. U hätte damit gemäß §§ 985, 986 BGB einen Anspruch gegen B auf die Herausgabe des Austauschmotors.

---

**Hinweis**

Dieser Anspruch ergibt sich nach dem Rücktritt vom Werkvertrag auch aus § 346 Abs. 1 BGB.

---

**4. Anspruch auf Herausgabe des Bodenblechs gemäß §§ 985, 986 BGB**

Hier ist im Wesentlichen auf die Ausführungen zu 3. zu verweisen. Ein Unterschied kann sich allein daraus ergeben, dass das Bodenblech **wesentlicher Bestandteil** des Fahrzeugs gemäß **§ 93 BGB** geworden sein könnte. Dies ist anzunehmen, da der Ausbau des geschweißten Bodenblechs zu dessen Zerstörung führt. Da der Pkw im Verhältnis zum Bodenblech als Hauptsache anzusehen ist, hat B als Eigentümer des Fahrzeugs gemäß **§ 947 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 BGB** das **Alleineigentum** am Bodenblech erworben. Damit hat U sein Eigentum verloren, sodass ihm wegen des Blechs kein Herausgabeanspruch gemäß §§ 985, 986 BGB gegen B zusteht.

Der in den „Werkstattbedingungen“ des U enthaltene **Eigentumsvorbehalt** führt zu keinem anderen Ergebnis, da **§ 947 BGB zwingendes Recht** ist und durch eine Vereinbarung der Parteien nicht außer Kraft gesetzt werden kann.